

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Zeile pro Tag. Colonne für Anzeigen 75 Pf. Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seifenstraße 17, Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 13.

Duisburg, den 31. März 1917.

18. Jahrgang.

Wirtschaftsplan für 1917/18.

Das Kriegsernährungsamt veröffentlicht jetzt einen Plan für das Wirtschaftsjahr 1917-18. Wir können zum ersten Male von einem eigentlichen Plane reden. Bisher wurden die Verordnungen fortgesetzt ergänzt, erneuert und aufgehoben, je nach Bedarf oder der durch allerlei Manipulationen oder natürlichen Hemmnissen herbeigeführten Schwierigkeiten sich ergebenden Notwendigkeit. Jetzt werden zum ersten Male mehrere Produkte und zwar die wichtigsten, wie Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Futterrüben und Fleisch gemeinsam in Zusammenhang gebracht. Der Plan wird auch nicht kurz vor der Ernte, sondern schon vor der Frühjahrsernte veröffentlicht, damit die Landwirtschaft weiß, wie sich die Dinge im nächsten Jahre gestalten. Es handelt sich eigentlich nur um einen Teilplan; denn Nationalisierung, Beschlagnahme und Verteilung sind für 1917-18 nicht mit in den Plan einbezogen. Das ist auch jetzt noch nicht gut möglich, weil für diese Pläne erst das Ergebnis der Ernte abgewartet werden muß. Der jetzige Plan regelt die Preise in der Erkenntnis, daß die Preise unsere Produktion wesentlich beeinflussen. Bekanntlich dreht sich seit langem die Debatte um die Preise. Die Landwirtschaft will höhere Preise, da die Produktionsverhältnisse sich verteuert haben und sie auch mehr verdienen möchte. Die Konsumenten wehren sich gegen die fortgesetzten Preiserhöhungen, weil sie kaum mehr in der Lage sind, ihren notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das hat zu unliebsamen Auseinandersetzungen geführt, aber auch zu unliebsamen Erscheinungen. Getreide und Kartoffeln wurden vielfach veräußert, weil man mehr verdienen wollte, man diese Produkte bei den teureren Viehpreisen, umgewandelt in Fleisch den Menschen zuführte. Ferner baute die Landwirtschaft an, was ihr am meisten Verdienst sicherte und so trieb ein Keil den andern. Mit Verordnungen, Strafen und Zwang allein kann man nicht zum Ziel kommen. Nach langen Beratungen kam man zu dem Ergebnis, daß man durch Herstellung eines Preisausgleichs zu besseren Verhältnissen kommt. Man ging dabei von folgenden Gesichtspunkten aus.

1. Es muß verhindert werden, daß der Landwirt mit seinen Produkten zurückhält mit dem Gedanken höhere Preise zu erzielen;
2. Es muß erstrebt werden, daß diejenigen Produkte angepflanzt werden, die für die menschliche Ernährung am notwendigsten sind;
3. Es muß verhindert werden, daß der Landwirt Brotgetreide und Kartoffeln veräußert;
4. Das alles muß erreicht werden ohne die minderbemittelten Konsumenten durch Preiserhöhung noch weiter zu belasten, trotzdem aber dem Landwirt die verteuerte Produktion zu ermöglichen.

Man glaubt, dieses Resultat durch Preiserhöhung einerseits und Preisherabsetzung andererseits — also durch einen Preisausgleich — zu erreichen. Nachstehender Plan wurde für das Wirtschaftsjahr 1917-18 aufgestellt:

Es sollen folgende Lebensmittel im Preise gesteigert werden pro Tonne:

	jetziger Preis	künftiger Preis
1. Roggen	220.—	270.—
2. Weizen	240.—	290.—
3. Kartoffeln	90.—	100.—
4. Futterrüben	30.—	50.—

Eine Preisfenkung sollen erfahren:

1. Rinder um 15 Prozent im Lebendgewicht, das ist 25 bis 30 Prozent im Schlachtgewicht.
2. Schweine um 20 bis 25 Prozent im Lebendgewicht, je nach der Gewichtsklasse, das ist 30 bis 35 Prozent im Schlachtgewicht.
3. Hafer um 30 Mark pro Tonne.
4. Gerste um 30 Mark bis 70 Mark pro Tonne, da der Preis kein einheitlicher war;
5. Kohlrüben um 15 Mark pro Tonne.
6. Futtererbsen um 10 Mark pro Tonne.
7. Futterrüben um 6 Mark pro Tonne.

Die oben angeführten vier Grundsätze werden damit voraussichtlich erreicht. Der Landwirt hat demnach keine Ursache mehr, mit seinen Produkten in spekulativer Absicht zurückzuhalten, weil die Preise für das ganze Wirtschaftsjahr 1917-18 fest sind und weder im Frühjahr, Sommer oder Herbst Preisänderungen vorgenommen werden. Durch den Preisausgleich wird der Landwirt auch nicht dazu verleitet, nur bestimmte Produkte anzubauen und andere zu vernachlässigen. Wissenschaftler und Praktiker haben festgestellt, daß die künftigen Preise ausreichend und

auf Unkosten plus angemessenen Gewinn aufgebaut sind. Brotgetreide und Kartoffeln werden in Zukunft weniger versüßert werden, weil dieselben im Preise erhöht wurden, also zum Verkauf anreizen, zumal daneben der Viehpreis gesenkt wurde und die Viehzucht durch Verfütterung mehr zu verdienen, nicht mehr besteht. Um auch zu erreichen, daß die minderbemittelten Konsumenten nicht weiterbelastet werden, hat der Reichstagsausschuß folgende bedeutsame Entschlüsse gefaßt:

Bei einer Steigerung des Preises für Roggen und Weizen ist eine Erhöhung des Brotpreises zu vermeiden durch Verminderung der Spannung zwischen Getreide und Mehlpreis, sowie in zahlreicheren Gemeinden durch Verminderung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis. Zu diesem Zweck sind für die Gemeinden entsprechende Vorschriften zu erlassen. Soweit diese Mittel nicht ausreichend sein sollten, sind Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren. Bei der beabsichtigten Senkung der Viehpreise ist auf die Erhaltung eines leistungsfähigen Viehstandes Rücksicht zu nehmen und Vorsorge zu treffen, daß die Ermäßigung in vollem Umfange in erniedrigten Fleischpreisen den Verbrauchern zugute kommt. Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist auf das durchaus notwendige Maß herabzusetzen durch Verminderung der Provisionsätze der Viehhandelsverbände und der nicht selten recht erheblichen Handelsaufschläge für Zwisch- und Kleinhandel. Die Gemeindeverwaltungen müssen zu entsprechenden Maßnahmen angehalten werden.

Damit ist man den Konsumenten etwas entgegenkommen, und besonders die Landwirtschaft dürfte zufriedengestellt sein. Das Kriegsernährungsamt ging eben, nachdem es die Forderungen der Produzenten und Konsumenten erwogen hatte, einen Mittelweg. Hoffen wir, daß wir jetzt zu besseren und stetigeren Verhältnissen kommen. Die Landwirtschaft wird jetzt zu zögern haben, was sie zu leisten vermag und daß ihr das Vaterland über alles geht. Die Konsumenten werden aber auch in Zukunft berücksichtigt müssen, daß es natürliche Hemmnisse gibt, und daß der Hauptgrund der Schwierigkeiten im Krieg zu suchen ist. Dieses gilt es jetzt zu gewinnen. Je eher er gewonnen wird, um so besser für Volk und Vaterland.

Warum nicht?

Man sollte es kaum glauben und doch! Nach zweieinhalbjähriger Kriegsdauer, nach unerhörten Erfolgen deutscher Organisationsgenossen gibt es noch deutsche Arbeiter, die keiner Organisation angehören; die ziel- und planlos von einem Tage zum anderen leben. Tag für Tag sind die in der Weltgeschichte einzig dastehenden Früchte deutscher Organisationskunst mit den Händen zu greifen; auf militärischem Gebiete zu Lande, zu Wasser und in der Luft, auf wirtschaftlichem Gebiete, überall, wohin wir blicken. Was wäre aus dem deutschen Volke heute schon geworden, wenn wir nicht über diese fabelhafte, mustergültige Organisation nach jeder Richtung hin verfügten? Wo etwa noch Fehler und Mängel sind, da finden die Besten der Nation auf Mittel und Wege, sie abzustellen. Wo Härten und unvermeidliche Schwierigkeiten entstehen, da fügt sich jeder Gutgestante gern und willig, weil er weiß, daß nur so das Ganze gedeihen kann. Wo Opfer gebracht werden müssen, jeder Verantwortliche bringt sie mit Freuden, weil nur dadurch das große Ziel erreicht werden kann.

Stand das Zauberwort „Organisation“ bei allen Einsichtigen schon vor dem Kriege in hohem Ansehen; so haben uns der Krieg und die Kriegserfahrungen erst recht gezeigt, was durch gute und planmäßige Organisation erzielt werden kann. Und da sollte es noch Arbeiter geben, die den Wert der Organisation für die gesamte Arbeiterschaft sowohl wie für den Einzelnen nicht einsehen? Wir glauben es nicht und können es nicht glauben. Die Einsicht ist längst auch wohl dem Rückständigsten gekommen, was die gewerkschaftliche Organisation für die werklätige Bevölkerung bedeutet.

Wenn leider bisher ein großer Teil der Arbeiter den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation nicht gefunden hat, so liegt es wohl kaum an der notwendigen Erkenntnis. Der Grund ist vielmehr fast ausschließlich darin zu suchen, daß so viele sich zu dem entscheidenden Schritt des Anschlusses nicht aufschwin-

gen können und die geringen Aufwendungen scheuen, die zunächst in der Organisation verlangt werden. Sie geben dies allerdings nicht zu, sondern beschwären sich hin und her allerlei Ausflüchte.

Dem einen paßt dies nicht und dem anderen das. Der eine hat mit einem Mitglied der Organisation einmal einen persönlichen Zwist gehabt — deshalb will er nicht. Nicht diesem oder jenem zur Liebe oder Unliebe organisieren wir uns, unsere eigenen persönlichen sowie Standesinteressen und Vorteile stehen in Frage. Nicht um der Person — um der Sache willen organisieren wir uns. Ein Anderer glaubt ohne Organisation fertig werden zu können — und merkt ansetzend nicht, wie sich seine wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag verschlechtert und er als Einzelner völlig ohnmächtig ist. Ein Dritter kann augenblicklich nicht, später, später, ja dann... Wie heißt doch das alte Sprichwort: Morgen, morgen, nur nicht heute, sagen alle faulen Leute. Dem Vierten hat einmal die Organisation in diesem oder jenem Falle nicht genügend geleistet: in einem Unterstützungsfall, bei einer Bewegung oder sonstwie. Er bedenkt aber nicht, daß die Organisation nur deswegen in ihren Leistungen noch nicht das Höchste erreichen kann, weil noch so viele abseits stehen. Wieder einer will mit dem Anschluß an die Organisation warten, bis auch „die Anderen“ sich angeschlossen haben. Wo wäre Deutschland in diesem Kriege geblieben, wenn jeder bei der Verteilung des Vaterlandes hätte auf „die Anderen“ warten wollen? Wenn eben jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut, gibt es keine „Anderen“ mehr. Zudem wirkt das gute Beispiel des Einen auf alle Anderen.

So könnte man noch Dutzende solcher fadenstehenden Ausflüchte anführen, die als Vorwand für das Fernbleiben von der Organisation dienen müssen. Wie unartig kleinlich und nichtsfugend sind sie doch alle! Es verlohnt sich nicht einmal, ernsthaft auf dieselben einzugehen. An ihrer eigenen inneren Hohlheit und Unumkehrbarkeit gehen sie elend zu Grunde.

Wenn man dann aber noch noch hört, daß einzelne sich hinter den Einwurf verstecken: während des Krieges hat die Organisation keinen Zweck, wir wollen warten bis nach dem Kriege, dann schlägt's aber doch dreizehn. Wann ist denn jemals die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation unzweifelhaft erwiesen worden, wie gerade während des gegenwärtigen Krieges? Was wäre aus der deutschen Arbeiterschaft in diesen Kriegsjahren geworden ohne starke gewerkschaftliche Organisationen? Und wer hätte die Interessen der breiten Volksmassen auf allen Gebieten wahrgenommen, wenn die Gewerkschaften nicht gewesen wären? Daß noch manches zu wünschen übrig bleibt, liegt doch wohl hauptsächlich in dem Umstande begründet, daß die Gewerkschaften noch nicht über den wünschenswerten Einfluß verfügten, weil eben noch so viele abseits stehen.

Deshalb ist es nunmehr die allerhöchste Zeit! Vorwärts, ihr Säuglinge und Kleinmütigen! Nicht mehr länger gezwandert und hinter allerlei Ausflüchte verfangen. Endlich einmal frisch und herzlich den entscheidenden Schritt getan und den Anschluß an die Gewerkschaft vollzogen. Tretet ein in die Reihen eurer kämpfenden Brüder! Kein aufrechter deutscher Arbeiter wird sich Vorteile erlangen wollen auf Kosten seiner Mitmenschen! Selbst ist der Mann! Schwach und ohnmächtig ist der Einzelne für sich allein, stark und unüberwindlich aber im Zusammenschluß mit seinen Kampf- und Leidensgenossen. Das hat schon unser großer Schiller in die herrlichen Worte gekleidet:

Der Mensch bedarf des Menschen sehr zu seinem großen Ziele: nur in dem Ganzen wirkt er, viel Tropfen geben erst das Meer.

Aufruf des Heimatheeres.

§ 7. Nach Paragraph 7 des Hilfsdienstgesetzes können alle in diesem Gesetz näher bezeichneten Hilfsdienstpflichtigen jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. Damit wird nun Ernst gemacht. In den letzten Tagen haben im Reichstag Beratungen darüber stattgefunden, und es wurde beschlossen, Stammrollen für alle Hilfsdienstpflichtigen männlichen Personen anzulegen. Die diesbezügliche Verordnung schreibt zunächst den Ortsbehörden die Anlage von Stammlisten vor für alle Hilfsdienstpflichtigen männlichen Personen, die sechzehn Jahre alt sind und das sechzigste Lebensjahr noch nicht

Abschritten haben. Bis zum 31. März 1914 müssen diese Karten mit den Namen der Hilfsdienstpflichtigen fertig gestellt und dann den Einberufungsausschüssen übergeben werden.

Die nicht bereits in einem militärischen Verhältnis oder im später genannten Paragraph 5 der neuen Verordnung bezeichneten Hilfsdienstpflichtigen männlichen Personen vom vollendeten 17. bis zum 60. Lebensjahre haben sich, der Aufforderung des Ortsbehörde folgend bei dieser persönlich oder schriftlich zu melden.

Wird die Meldung unrichtig oder mangelhaft erstattet, so kann der Hilfsdienstpflichtige zur Berichtigung auf das Amt vorgeladen entl. auch vorgeliefert werden. Die Unterlassung der Meldung wird mit Geldstrafe oder Haft bestraft.

- 1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienste, 2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung, 3. als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker, 4. in der Land- und Forstwirtschaft, 5. in der See- oder Binnenschifffahrt, 6. in der See- oder Binnenschifffahrt, 7. im Eisenbahnbetrieb einschließlich des Betriebes der Klein- und Straßenbahnen, 8. auf Werften, 9. in Berg- oder Hüttenbetrieben, 10. in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation, 11. in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von den Kriegsamtsstellen für ihre Bezirke bezeichnet werden.

Als kriegswichtig sind anzusehen die Krankenpflege-Anstalten, die Presse, Berufsorganisationen usw. Wenn diese von der Meldepflicht nicht ausdrücklich ausgenommen wurden, so geschah es um die Verhinderung dieser Personen in diesen Berufen zu verhindern.

Gibt ein bisher von der Meldepflicht Befreiter seine Tätigkeit auf, oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er spätestens am dritten Werktag sich bei der Ortsbehörde entweder persönlich oder schriftlich zu melden.

Die Frauen und weiblichen Arbeitskräfte überhaupt werden durch das Hilfsdienstgesetz und die Neuordnung nicht erfasst. Es werden aber mit Hilfe der Frauen- und Arbeiterinnenvereine auch die weiblichen Arbeitskräfte zu registrieren und für den freiwilligen Hilfsdienst mehr als bisher zu erfassen gesucht.

Für die Einberufungsausschüsse sind vom Kriegsamtsamt besondere Anweisungen ergangen, nach welchen Grundfragen diese zu verfahren haben. Bei Heranziehung zum Hilfsdienst ist insbesondere zu prüfen, ob der Arbeitslohn ausreichenden Unterhalt gewährt, wo und in welcher Stelle er vermöge seiner Kenntnisse und Arbeitskraft dem Vaterlande am besten dienen kann.

Aus zwei deutschen Parlamenten

Das wichtigste Ereignis der letzten Tage ist die Rede des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg im Reichstagen Abgeordnetenhause am 14. März 1917.

Veranlaßt wurde die Rede durch das preussische Herrenhaus, das eine von der Regierung vorgelegte Diktatorvorlage ohne sachlichen Grund ablehnte. Die hohen Herren sahen in dieser Vorlage eine Erweiterung der Parlamentenrechte und wollten durch ihre Ablehnung zweifellos zu erkennen geben, daß sie alle darauf bezüglichen Versuche im Keime ersticken wollten.

Wie schon früher Anmal im Reichstag, verwies der Kanzler in seiner neuesten Rede auf die wunderbaren Leistungen unseres Volkes während des gegenwärtigen Krieges, den Todesmut seiner Heldenöhne und erklärte, daß er zu diesem Volke, zu allen seinen Söhnen vollstes Vertrauen habe. Er bekundete den festen Entschluß, die Regelung des Arbeitsrechts und die Reform des Wahlrechts in Breiten durchzuführen.

Der Reichskanzler hat so die Aufgaben der inneren Politik gezeichnet und kundgetan, daß er sich nicht abbringen lasse von dem einmal als richtig erkannten Standpunkte. Die Arbeiterchaft im besonderen kann ihm dafür nur dankbar sein, zumal angenommen werden darf, daß er damit auch den Vorstoß des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Gewerkschaften mit pa-

Selbst uns siegen!



zeichnet die Kriegs'anleihe

rieren wollte. Von besonderer Bedeutung ist seine Buzage hinsichtlich des Arbeiterrechts. Graf Dork von Wartenberg hat nämlich in seiner merkwürdigen Rede im Herrenhaus sich auch indirekt gegen die Sozialpolitik ausgesprochen, indem er sagte: Das Hilfsdienstgesetz ist mißbräuchlich zur Durchsetzung von allerlei sozialpolitischen Postulaten benutzt worden.

Diesen Beifall fand der Kanzler auch im Reichstag, als er die zwiespältige Politik der amerikanischen Regierung am 27. Februar ins richtige Licht rückte. Sie läßt die Völkerverbrüder der Engländer ruhig zu, protestiert aber, wenn wir uns mit Hilfe der U-Boote zur Wehr setzen und die Einberufung Deutschlands zu verhindern suchen.

Sie haben seit Ausbruch des Krieges unsere Feinde in jeder möglichen Weise unterstützt und Wilson, der ehrenwerte Präsident der Vereinigten Staaten, hat bei Verhöhnung des ungehemmten und so erlöschenden U-Bootskrieges die gesamten noch neutralen Staaten gegen uns in den Krieg zu ziehen versucht.

Die Beratung des Etats für das große Reichsamt des Innern ging ziemlich rasch vonstatten. Die Anforderung eines weiteren Unterrichtssekretärs gab Anlaß zu der Frage, ob nicht das große Amt getrennt und ein Arbeitsministerium geschaffen werden sollte.

Die im Etat enthaltenen Forderungen für Sozialpolitik wurden glatt genehmigt. So der Betrag von 86,6 Millionen Mark für die Sozialversicherung; Es sind das 16,8 Millionen Mark mehr als im Vorjahre.

Als Aufwandsentschädigung für Soldatenreiche Familien ist ein um 2,5 Millionen höherer Betrag genehmigt worden, zusammen 10 Millionen Mark. Familien, deren Söhne eine aktive Dienstzeit von zusammen 6 Jahren zurückgelegt haben, erhalten für jedes darüber hinausgehende aktive Dienstjahr 240 Mark.

Zur Förderung und zum Bau von Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte in Betrieben des Reichs und der Militärverwaltung sind diesmal 10 Millionen im Etat vorgesehen. Es entspricht das einer vorläufigen Forderung des Reichstags, der auch die Kriegsschadigten und die Witwen der im Kriege Gefallenen bei dieser Reichsfürsorge beteiligen wollte.

Wichtig ist auch der Beschluß, daß die in den Wintermonaten bezahlte Familienunterstützung in Höhe von 20 Mark für die Kriegerfrau und 10 Mark für jedes Kind auch in den Sommermonaten zu bezahlen ist. Eine diesbezügliche Bundesratsverordnung ist in Aussicht gestellt worden.

In einer Entschließung verlangte der Hauptausschuß, daß die Kriegswidowinnen statt wie bisher eine Mark in Zukunft 1,50 Mark an Unterstützungen erhalten sollen. Die Regierung stellte sich zu diesem Antrag freundlich, erhob aber gegen den weiteren Antrag, die Wochenhilfe auch auf die Frauen der im Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen auszuweiten, Bedenken.

Die immer mehr zunehmende Frauenarbeit und die damit verbundenen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren für die in Industrie und Fabriken beschäftigten Frauen und Mädchen, sowie Schutzmaßnahmen für diese, standen ebenfalls zur Beratung. Vom Regierungssitz aus wurde erklärt, daß der Frage des Frauenlebens schon aus Gründen der Bevölkerungspolitik ein starkes Augenmerk zugewendet werde, daß aber all die von den Abgeordneten verlangten Schutzmaßnahmen in der heutigen Notzeit nicht angeordnet und durchgeführt werden könnten.

Die Beratung der Steuergesetze ist noch nicht abgeschlossen. Der Hauptausschuß hat dem Vorschlag auf eine 20prozentige Erhöhung der Kriegsgewinn- und Vermögenszuwachssteuer zugestimmt, nach mehrjähriger Debatte aber die Beratung des Entwurfes für eine Kohlensteuer ausgesetzt. Es soll der Versuch gemacht werden, die im Kohlen-Zwischenhandel erzielten Gewinne zu erfassen und den Kettenhandel, der die Kohle von der Pech bis zum Verbraucher so sehr verteuert, zu erfassen.

Das Verkehrssteuergesetz hat der Ausschuss am 14. März mit einigen Abänderungen angenommen. Der Straßenbahnverkehr wird dadurch mit 6 vom Hundert, die vierte Klasse mit 10 v. H., die zweite Klasse mit 14 und die erste Klasse mit 16 vom Hundert der Beförderungsgebühr besteuert. Arbeiter- und Schifferfahrkarten bleiben von der Steuer frei, ebenso die Militärfahrkarten. Bei den Gütertarten ist die Kohle vom Prozentigen Steuerzuschlag befreit, der Firtenmel jedoch um 50 Prozent erhöht worden, so daß für einen Waggon Kohle bei mehr als 25 Mark Fracht ein Frachtfuhrdenkempel von 3 Mark, statt bisher 2 Mark, zu zahlen ist.

Die Arbeiterschaft im Weltkriege.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 10/1917) berichtet über eine Unterredung, die ein Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit dem Chef des technischen Stabes des Kriegsamts, Herrn Direktor Dr. Sorge vom Krupp'schen Grusonwerk in Magdeburg hatte. Diese Unterredung behandelte im Besonderen die Industrie und die Arbeiterfragen. Herr Direktor Dr. Sorge äußerte sich dabei über den Zweck des Kriegsamts und des Befehles über den vaterländischen Hilfsdienst, inwiefern dieser Zweck bereits erfüllt und welche Wirkungen in der nächsten Zeit zu erwarten seien. Besondere Beachtung verdienen seine auf Grund der gewonnenen Erfahrungen gemachten Ausführungen über die Frage, ob wie in der Herstellung von Kriegsgüter aller Art den Wettbewerbs mit unseren Feinden erfolgreich bestehen können. Herr Dr. Sorge ist überzeugt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit diesen Wettkampf bestehen werde, trotzdem den Feinden die Rohstoffe und Hilfsmittel der ganzen Welt zur Verfügung stehen. Besonders wertvoll sind die Äußerungen Dr. Sorges über den Anteil der deutschen Arbeiterschaft an seiner Zuvorsicht. Er sagt hierüber:

„Diese zurechtstimmende Überzeugung wird bestärkt durch die Wahrnehmung, mit welcher Hingabe die Arbeiter in der Heimat die Waffen für ihre Kameraden an der Front schmieden helfen. Die deutsche Arbeiterschaft hat die volle Einsicht in die Bedeutung dieses Kampfes und die volle Erkenntnis des Ernstes der Stunde. Darum schafft sie unermüdet und opferfreudig an der Waffenrüstung unseres Vaterlandes. Gegenüber den Notwendigkeiten, die sich aus dem Kampf um unser nationales Dasein ergeben, ist wohl nicht zu zweifeln, daß die Arbeiter manche ihnen aus den gegenwärtigen Verhältnissen erwachenden Schuterdigkeiten aus Liebe zum bedrohten Vaterlande auf sich nehmen und überwinden werden.“

So erfreulich gewiß derartige Anerkennungen für die Arbeiterschaft aus dem Munde des Vertreters der Arbeitgeber im Kriegsamte sind, so wäre es doch ungemein wertvoller, wenn insbesondere die deutsche Großindustrie endlich einmal aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen ziehen würde. Einer Arbeiterschaft, die aus „der vollen Einsicht in die Bedeutung dieses Kampfes“ und aus der „vollen Erkenntnis des Ernstes der Stunde“ unermüdet und opferfreudig an der Waffenrüstung unseres Vaterlandes schafft, sollte man doch auch endlich unbestritten das Recht einräumen, frei und unabhängig über ihre eigenen Verhältnisse bestimmen zu können. Eine Arbeiterschaft, die nach dem Zeugnis Dr. Sorges derartige Leistungen aufzuweisen hat, muß es unbedingt als eine Beleidigung empfinden, wenn man sie immer wieder mit Versuchen belästigt, sich in sogenannten „wirtschaftsrechtlichen“ Berechtigungen am Gängelbände der Unternehmer führen zu lassen. Kein anderer Grund in Deutschland wird sich eine derartige Einschränkung eines anderen Standes in seine inneren Angelegenheiten gefallen lassen. Und ebenso lehnen es die deutschen Arbeiter energisch ab, sich von irgend einem anderen Stande bevormunden zu lassen. Daß ja trotz aller persönlichen und geldlichen Kraftanstrengungen für die Unternehmer nichts dabei herauskommt, hat ja noch jüngst der Ausfall der Arbeiterauswahl bei Krupp bewiesen. Dagegen wird durch diese fortwährenden Machenschaften eine hochgradige Erbitterung in die Arbeiterschaft hineingetragen, die auf die Dauer dem besonders in der gegenwärtigen schweren Zeit so ungeheuer wertvollen Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern verhängnisvoll werden muß.

An der deutschen Arbeiterschaft liegt es nun, das unbedingt notwendige Selbstbewußtsein zu entwickeln und durch unermüdete Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen allen Bestrebungen zur Niederhaltung des Arbeiterstandes einen kräftigen Riegel vorzusetzen.

Übergangswirtschaft und Arbeiterfrage.

Seit dem August vorigen Jahres haben wir für die Übergangswirtschaft, d. h. die Zeit unmittelbar nach Friedensschluß bis zur Wiederherstellung üblicher normaler Friedenswirtschaftsverhältnisse ein besonderes Reichskommissariat für Übergangswirtschaft, dem als Sachverständigeninstanz ein sogenannter Beirat zur Seite steht. Ueber die bisherigen Tätigkeiten dieser Einrichtungen ist aus leicht erklärlichen Gründen bisher wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Nach dem jedoch, was man bisher gehört und nach den Einordnungen, die man aus den Verhandlungen des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe über die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft gewonnen hat, hat man das wohl berechtigte Gefühl, daß im Vordergrund der Tätigkeit des Reichskommissariats und des Beirats die Fragen der Rohstoffversorgung sowie, einer angemessenen Kreditbeschaffung stehen werden, wogegen eine nicht minder wichtige Frage der Arbeitsverhältnisse, in die zweite Linie treten wird. Damit

würde auch übereinstimmen, daß in den Beirat Vertreter der Arbeiter und Angestellten bisher nicht berufen worden sind, und man in leitenden Kreisen anscheinend vorläufig dazu auch wenig Neigung besitzt. Oder ob das vielleicht damit zusammenhängen mag, daß man die Arbeiterfrage, insbesondere die Minderleistung der Arbeitskräfte aus dem Heer und Feindesland auf den Arbeitsmarkt der Friedenswirtschaft doch für wichtig genug hält, daß sie einer Sonderberatung und Behandlung unterworfen werden sollte? Jedenfalls und die Arbeiterfrage und was damit zusammenhängt von Bedeutung genug, um ebenso zeitig wie andere und unter Heranziehung aller beteiligten sachverständigen Kreise in Angriff genommen zu werden.

In einem literarischen Beitrag aus dem „Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie“ hat Dr. G. Albrecht einige Gesichtspunkte zusammengestellt, die hinsichtlich des Themas: „Übergangswirtschaft und Arbeiterfrage“ zu berücksichtigen sind. Was hier zunächst über die Regelung der Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der Arbeiter gesagt wird, gilt auch für die übrigen Kreise unseres Volkes unter ähnlichen Verhältnissen, vor allem auch die unteren Schichten der Beamten und privaten Angestellten, und da durch den Krieg im allgemeinen eine Herabdrückung des sozialen Niveaus stattgefunden hat, auch für weitere Volksschichten über die genannten hinaus. Auch Albrecht rechnet nach dem Kriege mit Wohnungsschwierigkeiten nach der Richtung der Beschaffung genügend kleinerer und preiswerterer Wohnungen und bezeichnet mit Recht als beste Vorbedingung für die Versorgung der heimkehrenden Krieger mit solchen Wohnungen eine gut einwirkende Wohnungsvermittlung. Zu diesem Zwecke wären in den einzelnen Orten die schon bestehenden oder noch einzurichtenden Wohnungsämter mit entsprechenden Rechten auszustatten und insbesondere für die Zeit des Ueberganges die Wohnungsvermittlung in der Hand dieses Amtes zu monopolisieren, natürlich unter Heranziehung von Sachverständigen, die durch ihre private Tätigkeit die größten Erfahrungen besitzen. Nur so könne planmäßig die vollkommene Anbahnung aller vorhandenen Möglichkeiten ohne eine ungerechtfertigte Notlage einzelner durchgeführt werden. Beachtet zu werden verdient auch, was über die Regelung der Ernährung bei der Demobilisation gesagt wird. Mit dem Plan für die Entlassung der Mannschaften muß einheitlich ein solcher der Ueberführung der Lebensmittel aus den militärischen Proviantämtern in die städtischen Lebensmittelämter ausgearbeitet werden. Es ist daher auch für diese Zeit mit dem starken Bedürfnis nach Massenpeisungen zu rechnen, für deren zweckmäßige Organisation seitens der Kommunen und anderer beruflicher Kreise hinter Ausnutzung der bisher gemachten Erfahrungen schon jetzt Sorge getroffen werden sollte.

Die wichtigste Maßnahme hinsichtlich der Arbeiterfrage bildet aber die Unterbringung der aus dem Felde heimkehrenden Krieger, und zwar nicht bloß in geeigneten Arbeitsstellen, sondern auch in solchen, die mit einem entsprechenden Verdienst verbunden sind. Für diese Hauptaufgabe will A. bestimmte örtliche Arbeitszentralen eingerichtet wissen, im engsten Anschlusse an die bestehenden Arbeitsnachweise. Die Demobilisationsarbeit dieser Zentralen ist folgendermaßen gedacht. Sie hätten zunächst und zwar jetzt schon als Unterlage für diese Demobilisation das erforderliche Material zusammenzutragen. Dafür würde in erster Linie gehören: Genaue Kenntnis der in dem betreffenden Bezirk vorhandenen Industrie und der augenblicklichen und zukünftigen Produktionsmöglichkeiten sowie der Möglichkeiten, die für sie hinsichtlich des Ueberganges von der Kriegsmaterialienproduktion zu anderen Produktionszweigen bestehen; Kenntnis der vorhandenen Rohstoffe und der Bezugsmöglichkeiten nach Beendigung des Krieges; Kenntnis aller Pläne für Arbeiten, die nach dem Kriege in diesem Bezirk in Angriff genommen werden können, sowohl solcher der Industrie, wie der öffentlichen Organe. Kenntnis des Arbeitsmarktes, sowohl des Bestandes der zurzeit Beschäftigten, auch als des Bedarfs an Arbeitskräften nach dem Kriege; hier ist es nötig, zwischen solchen Arbeitern, die nachher in den Betrieben verbleiben können, und solchen zu unterscheiden, die voraussichtlich entlassen werden. (Arbeitskräfte, die nur aus Hilfsweise angestellt sind, die das Alter überschritten haben bis zu dem unter normalen Verhältnissen die Arbeit geleistet wird; Jugendliche, die nach Eintritt normaler Verhältnisse an anderer Stelle, als bisher, zu beschäftigen sind.)

Eine besondere Stellung kommt hier den weiblichen Arbeitskräften zu. Soweit es möglich ist, wird es eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Friedenswirtschaft sein, die Frauenarbeit wieder wie vor dem Kriege auf das nötige Maß einzuschränken. Auf der anderen Seite gehört zu den Aufgaben der örtlichen Arbeitszentralen die Orientierung über die Art und das Maß des Arbeitsstroms von Menschen und Arbeitskräften in den betreffenden zum Wirkungsbereich jeden Ortes gehörigen Bezirk. Diese Kenntnis ist nur durch Zusammenarbeiten mit den militärischen Behörden, insbesondere den Bezirkskommandos, zu erlangen. Dasselbe gilt von der Entfaltung der bis zum Friedensschlusse in Arbeit stehenden Kriegsgefangenen. Für sie ist zu fordern, daß sie in der Art einer allmählichen Ablösung in dem Maße, wie Ersatz in Gestalt deutscher, aus dem Felde heimgekehrter Arbeitskräfte eintritt, durchgeführt wird und daß lediglich das Interesse der Industrie und der zurückkehrenden Arbeiter die Richtlinien für diese Lösung bilden. Aus dem

Vergleich des so gewonnenen Bildes von Arbeitskräften ist eine Abschätzung des hiernach wahrscheinlichen Ueberschusses bzw. des Mehrbedarfs an Arbeitskräften für den betreffenden Bezirk zu gewinnen. Falls es angängig, daß die Mannschaften von den Standorten ihrer Truppenteile aus ohne weiteres nach Hause entlassen werden. Denn auf diese Weise würden sie sich der wirksamen Erfassung durch die Arbeitsvermittlung oder durch die Arbeitszentralen entziehen. Die Entlassungen haben vielmehr so zu erfolgen, daß jeder dem Bezirkskommando seiner Heimat oder desjenigen Ortes, wo der Einzelne sich niederzulassen gedenkt, überwiesen wird. Das Bezirkskommando hat für die weitere Zuteilung an die nächst dem Heimatsorte jedes einzelnen liegenden Truppenteile Sorge zu tragen. Truppenteile und Arbeitszentrale müssen dann gemeinsam die weitere Durchführung der Entlassungen bearbeiten. Wer nachweist, daß er in seinen alten Beruf sofort zurückkehren kann (z. B. Angehörige freier Berufe, selbständige Handwerker, Beamte, Festangestellte, Arbeiter, die von ihrer alten Firma sofortige Aufnahme zugesichert erhalten haben), ist sofort zu entlassen. Wer nicht gleich Arbeit findet oder nachweisen kann, bleibt vorläufig weiter in seinem Militärverhältnis.

Diese Vorschläge haben ohne Zweifel für sich den Vorzug des logischen Aufbaues sowie den weiteren, daß sie auf enge Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweiser großen Wert legen. Dazu kommt, daß für ein erfolgversprechendes Funktionieren aller Demobilisationsmaßnahmen immer wieder die Heranziehung der Beteiligten in den Vordergrund gerückt wird: die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die staatlichen und kommunalen Verwaltungen, die Bauämter aller Art, die Industrie und ihre Interessenvertretungen, die Siedlungsgesellschaften, die Arbeiterorganisation, und was da sonst als Einrichtungen in Betracht kommen mag. Und als letzte wesentliche Vorbedingung wird auch die bejaht, daß es nach Friedensschluß an der nötigen Arbeitsgelegenheit nicht fehlen wird, wenn vielleicht auch die Rohstoffzufuhr nicht sofort so funktionieren werde, wie man das wohl wünschen möchte. Wie dem nun auch im einzelnen sein mag, die Arbeiterfrage darf in der Übergangswirtschaft nicht weniger dringend behandelt werden, als etwa die Frage der Rohstoffzufuhr und des Kredits. Industrie, Arbeiterschaft und Gesamtwohl haben daran ein gemeinsames, großes Interesse.

Allgemeine Rundschau

Die Ursachen der Schmiermittelknappheit.

Der größte Teil der von der Industrie verbrauchten Schmiermittel wurde bisher aus dem Auslande bezogen. Nach der Statistik handelt es sich um ganz erhebliche Mengen; und zwar schätzt man den jährlichen Verbrauch in Deutschland auf ungefähr 300 000 Tonnen. Ein Bild dieser großen Menge kann man sich machen, wenn man bedenkt, daß zu ihrem Transport auf der Eisenbahn wenigstens 20 000 Güterwagen erforderlich sind, die einen Güterzug von einer Länge bilden würden, die der Entfernung von Hamburg bis Hannover entspricht. Der größte Teil dieser Schmiermittel kam aus Amerika und Russland, während die Gewinnungsstätten im eigenen Lande, die im Elsaß und in der Lüneburger Heide liegen, nur einen unbedeutenden Beitrag zu diesen Mengen lieferten. Im Kriege hat man sich natürlich bemüht, die Erzeugung dieser Anlagen zu steigern. Man hat auch an anderen Orten die Gewinnung von Schmiermitteln durchgeföhrt und durch neue Herstellungsverfahren die Erzeugungsmenge zu vergrößern gesucht. Aber die dadurch gewonnenen Schmiermittelmengen decken bei Weitem nicht den Verbrauch. Es war deshalb ein großes Glück für uns, daß zu Beginn des Krieges der Vorrat an Schmiermitteln im Lande außerordentlich groß war, so daß ein Mangel zunächst nicht eintrat. Aber auch die größten Vorräte nehmen infolge der langen Dauer des Krieges merklich ab, so daß zurzeit eine unangenehm empfundene Knappheit an Schmiermitteln besteht. Aus diesem Grunde ist größte Sparsamkeit im Verbrauch von Schmiermitteln erforderlich. Dabei ist ein Vorteil, daß die Verminderung des Verbrauchs verhältnismäßig leicht durchführbar ist, denn in Lagern und ähnlichen Teilen, welche Schmiermittel beanspruchen, findet eine Verminderung der Schmiermittelmengen kaum statt. Der angelegte Verbrauch besteht im wesentlichen aus Verlusten, die bei unachtsamer Wartung stark vermindert werden können. Bei sparsamer Verwendung von Schmiermitteln und bei sorgfältiger Vermeidung von Schmiermittelverlusten sind daher wesentlich geringere Mengen zum Betriebe erforderlich, so daß ein Durcheinhalten mit den Schmiermitteln durchaus möglich ist. E. R.

Spart Schnellstahl.

Fast in allen Betrieben ist auf Veranlassung der Feldzeugmeisterei ein Patent angehängt worden, das in letzter Schrift die Ueberschrift „Spart Schnellstahl“ trägt. Dieses Patent zum Sparten von Schnellstahl ist nicht nur zum Vorteil der Unternehmer aufgehängt worden, sondern auch zum Wohle unserer Kameraden in der Front. Je mehr Kriegsmaterial mit den vorhandenen und den dazu erzeugten Mengen an Schnellstahl fertiggestellt werden kann, um so leichter können unsere Truppen an der Front den feindlichen Angriffen widerstehen und selbst zum Angriff übergehen. Wird aber mit diesen Stoffen nicht sparsam umgegangen, so regt die Möglichkeit vor, daß die Arbeit und die Arbeitsleistung eingeschränkt wird; außerdem aber wird bei verringertem Erzeugnis an Kriegsmaterial der im Felde liegende Kamerad in seiner Wehrfähigkeit beschränkt, da ihm nicht die nötigen Verteidigungs- und Angriffswaffen

mittel zur Verfügung gestellt werden können. Es ist daher unbedingt vaterländische Pflicht, Schnellstahl antwortend den einzelnen Punkten des Aufrufs „Spart Schnellstahl“ zu sparen. Besonders zweckmäßig ist ein gegenseitiger Austausch von Erfahrungen zum gemeinsamen Nutzen.

Die Unfallversicherung im Kriege.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß beim Eintritt eines Unfalles infolge Kriegsgefahr z. B. durch Fliegerbomben, Granaten oder Minen die Unfallversicherungen die Entschädigungspflicht der Verletzten abgelehnt haben. Demgegenüber stellen die „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“, herausgegeben von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes die Rechtslage fest: Der Begriff des Betriebsunfalls hat durch den Krieg keine Veränderung erfahren. Der Umstand, daß beim Eintritt des Unfalles eine Kriegsgefahr mitgewirkt hat, schließt die Entschädigungspflicht der Unfallversicherung nicht aus, wenn sich der Unfall bei dem versicherten Betriebe ereignet hat.

Hiernach hat in den Fällen, in denen ein Arbeiter auf der Betriebsstätte oder auf einem dem Betriebe dienenden Wege durch feindliche Geschosse verletzt oder getötet wird, der für den Betrieb zuständige Versicherungsträger einzutreten; denn es wird wohl immer anzunehmen sein, daß der Arbeiter nicht verletzt oder getötet worden wäre, wenn er nicht in dem Betriebe tätig gewesen wäre. Unfälle, welche die Versicherten auf dem Wege zur Arbeitsstätte oder auf dem Heimweg außerhalb des Betriebsgebietes treffen, können dagegen dem Betriebe nicht zugerechnet werden, da die Arbeiter auf solchen Wegen in der Regel nicht im Betriebe beschäftigt, sondern mit eigener wirtschaftlicher Tätigkeit befaßt sind. Den Schutz der Unfallversicherung genießen aber Arbeiter auf solchen Wegen insoweit, als dabei auf sie die durch den Betrieb geschaffenen Gefahren schon oder noch einwirken.

Dies hat das Reichsversicherungsamt in einem Falle angenommen, in dem ein Arbeiter einer Munitionsfabrik auf dem Wege zur Arbeit 150 Meter von der Betriebsstätte entfernt, durch eine Fliegerbombe getötet worden war.

Unfälle, die Arbeiter, Betriebsbeamte oder versicherte Unternehmer bei der Abwehr feindlicher Angriffe gegen den versicherten Betrieb erleiden, in dem sie beschäftigt sind oder der ihnen gebührt, stehen unter dem Schutze der Unfallversicherung. So würde z. B. ein selbstversicherter Landwirt zu entschädigen sein, der bei der Verteidigung seines Viehes gegen plündernde feindliche Truppen verletzt wird.

Die Auszahlung der Leistungen aus der Sozialversicherung werden durch die Einziehung zu den Steuern, die Teilnahme am Kriege und die Kriegsgefangenschaft nicht berührt. Auch die Rente unfallverletzter Kriegsteilnehmer ruht nicht, wie verschiedentlich angenommen wurde.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. April der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. April fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Souffenthal (Saar). (Rechenmetallarbeiter.) Wie allgemein im Saargebiet, so ist auch unter den Rechenmetallarbeitern des Saargebietes ein erhöhtes gewerkschaftliches Leben vorhanden. Die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse zwingen auch im Saargebiet die Handwerker, Maschinisten und Heizer der Saargruben zum Nachdenken. Die gewaltige Wertenerhöhung der Lebenshaltung zwingt halt die Arbeiter dazu, selbst ihre Geschäfte als organisierte Masse in die Hand zu nehmen. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Das erhöhte gewerkschaftliche Leben unter den Arbeitern unter Tage, hat die Handwerker und Maschinisten ins Hintertreffen gebracht. Nicht nur in der Lohnfrage, sondern auch was die Lebensmittelversorgung anbelangt.

In den Arbeiterausschüssen, in denen die Rechenmetallarbeiter auch vertreten sind, kommen dieselben trotz ihrer Vertretung nicht zur Geltung. Es fehlt halt diesen Arbeiterausschüssen die notwendige Rückendeckung bei den Kollegen in den Betrieben. Auch fehlt eine gleichmäßige Interessenvertretung auf den zwölf Inspektionen. Es ist ganz natürlich, daß die Lohnfrage, Lebensmittelversorgung usw., also fast alle wichtigen Fragen, gleichmäßig und zu gleicher Zeit von den Kollegen aller Inspektionen in Angriff genommen werden müssen. Nun ist es erfreulich, wenn die Rechenmetallarbeiter an der Saar einsehen, daß es ohne Organisation nicht mehr geht und das Beitragbare eine Sparsamkeit ist, die sich bitter rät.

Neben anderen Inspektionen, haben die Rechenmetallarbeiter der Inspektion II (Souffenthal) in der allergrößten Mehrzahl sich dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Am 6. Februar fand die erste Mitgliederversammlung statt, wozu ungefähr 60 Kollegen erschienen waren. Kollege Sekretär Bäcker sprach über das Thema: Pflichten und Rechte der Arbeiter unter dem Hilfsdienstgesetz. Dem Vortrage folgten die Kollegen mit größter Aufmerksamkeit. Mächtig Kollege war sich noch nicht darüber klar, welche gewaltigen Pflichten und Aufgaben das Gesetz direkt oder indirekt den Arbeitern auferlegt. Wir haben die Aufgabe als organisierte Arbeiter, alles daran zu setzen, daß der Zweck des Gesetzes erreicht wird, denn davon hängt es ab, ob Deutschland und auch wir deutschen Arbeiter in diesem Weltkriege unterliegen oder nicht. Denn von dem Endresultat dieses Krieges hängt das Sein und Nichtsein der deutschen Arbeiter ab. Neben den Pflichten und Aufgaben, die das Gesetz den Arbeitern auferlegt sind auch Rechte vorgegeben. Vor allem Rechte, die dem Arbeiter die Interessenvertretung ermöglichen. Von diesem Rechte Gebrauch zu machen, was natürlich ohne Organisation nicht geht, ist Aufgabe der Kollegen selbst. Von

der Tätigkeit der Kollegen mit Hilfe der Organisation, hängt es ab, in wie weit Erfolge erzielt werden.

Kollege Bäcker stellte auch mit, daß durch Eingreifen der Organisation die Lebensmittellieferung besser wurde und 40 Pfg. Lohnerhöhung pro Tag für die Rechenmetallarbeiter erreicht wurden.

Im Anschluß an den Vortrag wurden für die einzelnen Betriebsabteilungen Vertrauensleute gewählt, die in steter Fühlung mit der Verbandsleitung zu bleiben haben, vor allem Wünsche und Beschwerden entgegen zu nehmen haben.

Mögen auch die Rechenmetallarbeiter der übrigen noch freien stehenden Inspektionen ihren Kollegen folgen und ihnen nicht im Wege stehen bei weiterer erfolgreicher Arbeit. Also hinein in die Organisation, in den christlichen Metallarbeiterverband!

Bremen. Unsere Jahresversammlung am 11. Februar war verhältnismäßig gut besucht, nur konnte sie durch die Unpünktlichkeit der Kollegen erst eine Stunde später eröffnet werden. Kollege Dohler stellte dem Jahresbericht einen allgemeinen Jahresrückblick voraus, indem er die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1916 auf militärischem, volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete ins Gedächtnis der Anwesenden zurückrief. In gewerkschaftlicher Hinsicht sei das Jahr 1916 besonders wertvoll, da es viele erfolgreiche Lohnbewegungen und bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes, die Mitarbeit der Gewerkschaften für unentbehrlich erklärt wurde. Am Orte selbst sind wir durch den Kollegen Dohler im Schlichtungsausschuß nach § 9 des Gesetzes ersatzweise vertreten.



Den Heldentod

im Kampfe für das Vaterland starben folgende Kollegen:

- Alfons Beller, Aachen
- Johann Reinhardt, Amberg
- Franz Zimmermann, Köln
- Engelbert Stoffels, Köln
- Wilhelm Brenner, Düsseldorf
- Josef Schulte, Düsseldorf
- Franz Hannappel, Duisburg-Chingen
- Herm. Jabel, Duisburg-Wanheim
- Johann Gärtner, Essen
- Wilh. Becker, Essen
- Rafimir Jakowsky, Essen
- Johann Blüthgen, Essen
- Franz Korff, Hamm
- Friedr. Ersfeld, Kirchen
- Fritz Schulte, Menden
- Albert Pott, Menden
- Karl Manger, Möhlingen
- Franz Haas, München
- Johann Echter, München
- Aquilin Müller, München
- Karl Solms, Niederschelden
- Johann Reinhard, Sulzbach
- Franz Kraus, Schweinfurt.

Das Andenken dieser Kollegen wird im christl. Metallarbeiterverband stets in Ehren gehalten.

Sie mögen ruhen in Frieden.

An größeren Lohnbewegungen waren wir im Berichtsjahre mit einer Anzahl Kollegen beteiligt auf der Weyerwerk, Atlaswerke und Hansa-Loth. Die materiellen Erfolge der Werftarbeiterbewegung sind bereits im Verbandsorgan behandelt worden. Unser Verband war dabei durch unseren Zentralvorsitzenden, Kollegen Wiedner und Kollegen Dohler bei den Verhandlungen mit den Unternehmern und auf der gemeinsamen Werftarbeiterkonferenz in Hamburg im Oktober 1916 vertreten.

Die Tätigkeit unserer Ortsgruppe in der Gewinnung neuer Mitglieder war im Berichtsjahre eine bessere als im Jahre 1915. Durch Sammlung von Adressen Amorgantierter und durch Hausagitation war es möglich, die Aufnahmen zu steigern. Das wurde aber nur erreicht, weil im Verein mit dem Vorsitzenden sich noch die Kollegen Rickus, Eifold, Bartsch, Flieger, Krüger, Grunenberg an der Hausagitation beteiligten. Baumbach, v. Horn und Kölling sammelten die meisten Adressen. Nur so ist es zu verstehen, daß wir die Mitgliederziffer unserer Ortsgruppe vorantreiben konnten. Damit ist aber allen Schlafmüden Dremens der Beweis erbracht, daß das Gerede, Hausagitation hätte für die hierigen Verhältnisse keinen Zweck, Selbstinjanzung und faule Ausreden sind, um sich so besser von der Mitarbeit drücken zu können.

Auch ist in der Beitragsleistung eine wesentliche Besserung eingetreten. Der Jahresdurchschnitt betrug 45,5 und 1916 49,0 pro Mitglied. Die Verbindung mit den Kollegen im Felde wurde durch Zuführung von mehrmaligen Liebesgaben und des Verbandsorgans auch im Berichtsjahre aufrecht erhalten. 2 Kollegen haben den Heldentod, 5 er-

hielten das Eiserne Kreuz, 3 wurden Unteroffiziere und 2 Gefreite. Es liefen 964 Druckfaden, 51 Karten, 148 Briefe und 44 Pakete ohne die Feldpostsendungen aus. Die Reichsauskünfte durch das Sekretariat waren beschränkt da Kollege Dohler während des Krieges noch einen Bezirk agitatorisch mitzuberwalten hat. Trotzdem wurden für 31 Auskunftsanhänger 94 Schriftsätze angefertigt und doppelt soviel Auskünfte gegeben. Dabei wurden 213,39 Mark für die Beteiligten herausgeholt. 14 Kollegen konnte andere lohnendere Arbeit zugeführt werden. — Die Versammlungstätigkeit war nicht die beste, da der mitunter schlechte Versammlungsbesuch lähmend auf die Erschienenen wirkte. Es fanden statt: 9 Vorstandssitzungen, 9 Mitglieder- und 6 Jugendversammlungen. Außerdem nahm der Vorsitzende an über 30 Sitzungen am Orte teil, die durch die Mitwirkung im Roten Kreuz, Konsumenten-ausschuß, Arbeitsnachweiszentrale usw. erforderlich waren. Dem Klassenbericht zufolge ist der Totalkassenbestand am Schlusse des Berichtsjahres um 42 Mark geringer als im Vorjahre, das kommt daher, weil über 200 Mark für Liebesgaben und lokale Unterstellungen verausgabt wurden und andererseits der Verkauf von Kriegsfondsmarken nicht die erforderliche Summe einbrachte.

In der Aussprache über die hielden Berichte kam der Wunsch zum Ausdruck, die vom Vorstande angeregte Beitragserhöhung recht bald in Kraft treten zu lassen. Die Abstimmung hierüber ergab, daß einstimmig beschlossen wurde, ab 10. Woche (1. März) die Lokalaufschläge auf 20 Pfg. für die Erwachsenen, 10 Pfg. für die 35 Pfg.-Klasse und 5 Pfg. für die Jugendklasse zu erhöhen. Für die Jugendklasse soll dies durch Beschluß der Jugendlichen selbst geschehen. (Ist inzwischen geschehen.) Zum Schlusse dankte der Vorsitzende allen Mitarbeitern und knüpfte daran die berechtigte Hoffnung, in diesem Jahre auf den im Jahre 1916 vorgezeichneten Bahnen weiter zu arbeiten zu Ruh und Frommen unserer selbst.

Hannover-Studen. Unsere Jahres-Generalversammlung lagte unter dem Vorst. des Kollegen Schöppe folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung und Jahresrückblick. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Der Kassierer Kollege Dietrich gab die Abrechnung bekannt. Sodann führte Kollege Argendorf in seinem Bericht die Aufgaben und Aufgaben aus: Die Zukunft und der Erfolg unserer gewerkschaftlichen Arbeit hängt von einem guten Ausgang des Krieges, von einem ehren- und ruhmvollen Friedensschluß ab. Um das zu erreichen, ist zunächst die Anspannung aller Kräfte zur Fortführung des Krieges notwendig. Die Zahl unserer Gegner macht unsere äußerste Leistungskraft notwendig. Jede neue Granate, jedes neue Geschütz, jedes kleine Teilchen Präzisionsarbeit, das Aufmerksamkeit und Vorsticht bedarf, nützt dem Vaterlande. Es schlägt tausende von Menschen, schlägt unsere Brüder. Gebe daher jeder seine ganze Kraft dem Vaterlande. Vom Friedensschlusse erwartet die organisierte Arbeiterkraft volle Entwicklung und Betätigungsfreiheit. Sie hofft auf Befestigung des Klassenkampfes und fordert Gleichberechtigung des Arbeiters in Staat und Gesellschaft. Hierin gehört auch eine bessere Ausgestaltung unseres Schulwesens, so daß dem Minderbemittelten aber Begabten Gelegenheit zu ausgiebiger Ausbildung gegeben wird. Eine Forderung die unbedingt durchgesetzt werden muß, ist: Anerkennung der Berufsvereine und Arbeiterverbände. Auch sind gesellschaftliche Einigungsämter und bessere Ausgestaltung des Arbeiterrechtes zu erstreben. Eine dem Einkommen des Arbeiters und seiner Lebenshaltung entsprechende Steuerreform muß durchgeführt werden. Bei der Festsetzung und Gestaltung der Löhne ist auf die Teuerung und den Wert des Geldes Rücksicht zu nehmen. Großes ist zu vollziehen im Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit.

Die dem Vortrage folgende Aussprache ergab die Uebereinstimmung der Anwesenden mit den Ausführungen des Berichterstatters. Es folgte sodann die Vorstandswahl. Die Versammlung einigte sich einstimmig auf folgende Kollegen: 1. Vorst. Heinrich Schöppe, 2. Vorst. Wihl. Argendorf, 1. Kass. Joh. Dietrich, 2. Kass. Wihl. Freiske, 1. Schriftf. Ernst Werkmann, 2. Schriftf. Ludwig Bydolek, Beisitzer Wihl. Werner und Paul Schamer, Revisoren Karl Eimon, Emil Gumbrecht.

Unter Verschiedenes regte Kollege Schomer an, die Versammlungen pünktlich zu beginnen, was vom Vorsitzenden auch zugestanden wird. Kollege Argendorf gibt dann noch einige Aufklärungen über das Wirken des Ausschusses für Kriegshilfe. Der uneigennütigen Tätigkeit der in dem Ausschusse an erster Stelle wirkenden Herren, besonders Herrn Pastor Prell als Vertreter des Evangel. Arbeitervereins, Herrn Pastor Bötcher als Vertreter des Kath. Arbeitervereins und des Gewerkschaftssekretärs Kollegen Jumbrock als Vertreter des Kartells der Christl. Gewerkschaften sei dankend gedacht.

Kollege Dietrich gab noch bekannt, daß die Zentrale Aufnahmefreie geschickt hätte, und forderte die Anwesenden auf, recht rege zu agitieren und dem Verbände neue Mitglieder zuzuführen.

Versammlungs-Kalender

- Sonntag, den 1. April 1917.
- Marzloh. 2,30 Uhr bei Bruch Marienstr. 10.
- Wanknerort. 11 Uhr bei Casspe, Fischerstr. 10.
- Gochfeld. 7 Uhr bei Bultmann, Eigenstr. 10.
- Holten und Biefang. 11 Uhr bei Moll, Flugschloßen, Hietshausen. 3 Uhr bei Berger.

Deutsche
Wachspapiere
und farben für alle Verleihtätigungsapparate.
Kohlepapier, Durchschlag- und Verleihtätigungspapier.
Echo vom Niederrhein + Duisburg.